1918 – Ende mit unsicherer Perspektive

Vor 100 Jahren

Das Jahr 2018 bietet wieder eine große Zahl an Jahrestagen. In diesem „Achter-Jahr" drängt sich die Erinnerung an 1618 (Beginn des Dreißigjährigen Krieges), 1918 (Ende des Ersten Weltkrieges) sowie 1938 (Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland) auf. Auch 1848 (Revolution) könnte genannt werden. Alle diese Jahrestage hatten Auswirkungen auch auf die Evangelische Kirche in Österreich.
Im Oktober 1918 war der Erste Weltkrieg für Österreich-Ungarn praktisch verloren. Unter Einfluss der „Vierzehn Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten W. Wilson, in denen er das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Nationalitäten erklärte, zerfiel der Vielvölkerstaat.

Zerfall der Monarchie

Die Entwicklung war rasant: Am 3. November 1918 wurde der Waffenstillstand mit den gegnerischen Staaten geschlossen, am 12. November die „Republik Deutschösterreich" ausgerufen, in der alle deutschsprachigen Angehörigen Altösterreichs zusammengefasst werden sollten. Am 16. November verzichtete Kaiser Karl, der 1916 Kaiser Franz Joseph gefolgt war, „auf den Anteil an den Regierungsgeschäften".
Es dauerte aber noch rund ein Jahr, bis zum September 1919, dass „Friedensverträge" unterzeichnet wurden. Im Staatsvertrag von Saint Germain gehörte Österreich als Nachfolgestaat Österreich-Ungarns zu den Verliererstaaten und wurde als am Krieg schuldig bezeichnet. Harte Bestimmungen durchziehen den Vertrag, der von Zeitgenossen als „Schandvertrag" bezeichnet wurde. Wie die Geschichte zeigt, haben die Härten des Versailler Friedensvertrages (mit dem Deutschen Reich) und des Staatsvertrages von Saint Germain mit Österreich die Probleme nicht gelöst, sondern nur vermehrt. Eine dauerhafte Friedensregelung unter solchen Bedingungen war nicht möglich, erkannten schon Zeitgenossen. Trotzdem hielt man daran fest. Österreich wurde überdies die Bildung der Republik „Deutschösterreich" als Teil der neuen Deutschen Republik verboten; es wurde die „Republik Österreich" ausgerufen. Der Zusammenbruch und seine Folgen stellten sich für viele als perspektivenlos dar.



Die Habsburger und ihre Evangelischen

Der Zusammenbruch 1918 bedeutete auch das Ende der Herrschaft der Habsburger in Österreich. In der Zeit der Reformation hatten sie sich vehement gegen die reformatorische Bewegung eingesetzt und schließlich die gewaltsame Gegenreformation auf ihre Fahnen geschrieben.
Immerhin änderte sich die Haltung des offiziellen Staates im Laufe des XIX. Jahrhunderts radikal. Endgültig das Protestantenpatent des Jahres 1861 und die Grundrechte der Verfassung 1867 gewährleisteten den Evangelischen nicht nur persönliche, sondern auch kirchliche Gleichberechtigung. Der österreichische Protestantismus vollzog parallel dazu eine dynamische Entwicklung. Die Habsburger hatten sich zum Garanten für diese Entwicklung gewandelt. Diese Bemerkungen sind deshalb wichtig, denn nur so lässt sich verstehen, warum sich die evangelische Kirche und viele Evangelische zu Kriegsbeginn 1914 hinter die schwerwiegenden politischen Entscheidungen gestellt hatten. Selbstverständlich ging man vom Sieg in diesem „aufgezwungenen Krieg" aus, bei dem es sich um ein Eintreten „für eine große und gerechte Sache" handelte; so der Wiener Oberkirchenrat.
1914 wurde damit auch für viele Evangelische zu einem Höhepunkt eines Staatspatriotismus, der mit einer Verehrung Kaiser Franz Josephs untrennbar verbunden war. Noch 1916 hielt der reformierte Oberkirchenrat Charles Alphons Witz-Oberlin eine hoch emotionale, von Habsburgertreue durchdrungene Trauerrede für den verstorbenen Kaiser Franz Joseph. Ende 1918 zerbrach jedoch diese Welt, Orientierungslosigkeit war die Folge.

Die neuen Grenzen

Bereits zu Kriegsende entstanden um die deutschsprachigen Gebiete der ehemaligen Habsburgermonarchie (Südkärnten, Südtirol, Untersteiermark, Deutsch West-Ungarn) heftige, auch mit Waffengewalt geführte Auseinandersetzungen. Die Untersteiermark musste jedoch an das neue Jugoslawien abgegeben werden. Die österreichischen Ansprüche auf die deutsch besiedelten Gebiete des heutigen Tschechiens (Sudetenlande, Schlesien) mussten ebenfalls aufgegeben werden. Es dauerte schließlich bis 1921, dass die Grenzen feststanden. Am 10. Oktober 1920 fand in Kärnten nach heftigen Abwehrkämpfen eine Volksabstimmung über den Verbleib bei Österreich statt; Kärnten blieb mit einigen Ausnahmen (Kanaltal) geschlossen bei Österreich. Selbst nicht-deutsche Gebiete entschieden sich für den Verbleib bei Österreich. Ein Jahr später, im Oktober 1921, fand im heutigen Burgenland ebenfalls eine Volksabstimmung statt, und



„Franz Josef am Totenbett": Franz Joseph stand vielen Evangelischen Pate als „der" Garant für eine positive Entwicklung der Kirche.
Foto: wikipedia



Soldat mit Trauerschleife nach dem Tod von Kaiser Franz Josef.
Foto: privat



Abnahme der Glocken von der evangelischen Kirche in Linz a.D. am 2. November 1916.
Foto: Archiv Evang. Pfarrgemeinde Linz-Innere Stadt

zwar um Ödenburg (Sopron). Eine Wahlbeeinflussung führte allerdings dazu, dass die natürliche Hauptstadt bei Ungarn verblieb. Immerhin brachte das neue Bundesland Burgenland der Evangelischen Kirche einen bedeutenden zahlenmäßigen Zuwachs und wichtige Impulse.

Innenpolitische Neuordnung

Auch eine innere Neuordnung Österreichs war notwendig. Im Oktober 1920 bekam Österreich durch den Protestanten Hans Kelsen seine Verfassung, die – mit einigen Änderungen – bis heute gilt. Kelsen war einer der führenden Rechtswissenschaftler Europas. Während die Sozialdemokraten für einen zentralistisch gelenkten Staat eintraten, setzten sich die Christlichsozialen für Föderalismus und starke Bundesländer ein.
Schwierig gestaltete sich von Anfang an die politische Landschaft. In den ersten Jahren (1918–1920) wurde Österreich durch eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen unter dem Sozialdemokraten Karl Renner regiert. Danach (ab 1920) stellten die Christlichsozialen eine Alleinregierung.
Zu einem Stolperstein wurde die wirtschaftliche Situation Österreichs. Eine Völkerbundanleihe des Jahres 1922 konnte die Inflation nicht eindämmen. Massive wirtschaftliche Schwierigkeiten wegen Unausgewogenheit der Industriezweige, ungenügender Kohlevorkommen und schwacher Landwirtschaft verbunden mit der nach der Zerschlagung Österreich-Ungarns notwendigen Umstellung der Volkswirtschaft zwangen Österreich zu einer Währungsreform; die Einführung des Schillings mit Jahresbeginn 1925 sollte die Lage stabilisieren. Doch längerfristig konnte auch das die Inflation und die Arbeitslosigkeit nicht aufhalten. Die Weltwirtschaftskrise 1929 zerrüttete die ohnehin instabile österreichische Wirtschaft endgültig. Das alles bildete auch die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Evangelischen Kirche im neuen Österreich.

Schockstarre der Evangelischen

Dass man staatlicherseits schon 1916 begann, Kirchenglocken zu requirieren, mag für viele Gemeinden ein signifikanter Einschnitt gewesen sein und ließ die Erkenntnis reifen, dass der Kriegsausgang doch nicht so klar war, wie man wenige Monate zuvor noch geglaubt hatte. Zwar bekamen die Pfarrgemeinden eine Entschädigung, diese deckte aber nicht einmal annähernd den seinerzeitigen Anschaffungspreis ab. Manche Pfarrgemeinden zahlten noch Jahre nach Kriegsende, in sehr schwieriger Zeit, Darlehen für Glocken zurück, die sie schon längst nicht mehr hatten. Auch die Kriegsanleihen, die viele Pfarrgemeinden, durchaus auf Empfehlung des Oberkirchenrates, gezeichnet und hierbei ihre gesamten Rücklagen investiert hatten, waren nach dem Zusammenbruch nichts mehr wert.
Ansonsten war man üblicherweise trotz der Kriegsfolgen um Aufrechterhaltung des Gemeindelebens bemüht. In vielen Fällen übernahmen pensionierte Pfarrer, Presbyter und Lehrer pfarrgemeindliche Aufgaben. Aber auch die Rolle der Frau wandelte sich, wie bspw. in St. Veit, wo Vikar Pechels Frau die Amtsgeschäfte besorgte, Kranke besuchte und die verschiedenen Gemeindekreise betreute.

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie zog auch den Zusammenbruch der Evangelischen Kirche nach sich, die parallel zum Gesamtstaat in die Kirchentümer der Nachfolgestaaten zerfiel. Im neuen Österreich war v.a. die Zukunft der reformierten Kirche besonders betroffen, sogar eine Eingliederung in die lutherische Kirche wurde erwogen. Nur durch die Eingliederung Vorarlbergs in die reformierte Kirchenstruktur konnte schließlich eine Evangelische Kirche H.B. auch im neuen Österreich erhalten bleiben. Aber auch die lutherische Kirche wurde von einer durchaus respektablen Größe in Österreich-Ungarn zu einer Marginalie im marginalisierten Staat, auch wenn mit dem Burgenland

ein Gebiet mit einem hohen evangelischen Bevölkerungsanteil zum neuen Österreich kam und die Beziehungen zu den evangelischen Kirchen der Nachfolgestaaten, wenn auch eingeschränkt, weiterhin bestehenblieben.
Es dauerte etliche Zeit, bis die Evangelische Kirche aus ihrer Schockstarre und inneren Ablehnung der neuen Verhältnisse erwacht war und sich bemühte, sich unter den neuen Rahmenbedingungen zu konsolidieren. Da hatte sich aber die Lage schon weiterentwickelt. Staatsrechtlich übernahm der junge Staat die alten Regelungen, das Protestantenpatent blieb gültig, auch wenn es in vielen Fällen nicht mehr der staatspolitischen Realität entsprach.

Sinnkrise

Komplex war der weltanschauliche Umgang mit den Ereignissen und Zeitumständen. Die Evangelischen des neuen Österreichs, selbst die habsburgkritischen, hatten „für Gott, Kaiser und Vaterland" gekämpft, gelitten, waren unter diesem Kampfruf gestorben oder körperlich und seelisch zerrüttet oder invalide heimgekehrt.
Nun gab es jedoch keinen Kaiser mehr und auch das alte Vaterland war zerbrochen. Was bei den Menschen übrigblieb, war Orientierungslosigkeit. Der Garant der Evangelischen Kirche war entmachtet, die Zukunft unklar und unsicher. Das betraf nicht nur die Strukturen, sondern reichte viel tiefer.
Als das Reich zerbrach, war in der Sicht vieler der Kampf und das Sterben umsonst gewesen, der Tod von mehr als einer Million Soldaten der Habsburgermonarchie war zwecklos geworden. Noch nach dem Krieg starben Tausende an späten Kriegsfolgen; in der evangelischen Kirche in Österreich ist das Beispiel des Pfarrers von Neunkirchen, Josef Rudolf Beck, bekannt, der noch 1944 an den Spätfolgen – wohlgemerkt des Ersten Weltkrieges – starb.
Totengedenken formulierten diese Fragen, brachten die Orientierungslosigkeit und die Suche nach Neuorientierung offen zum Ausdruck. Die heiß diskutierte Frage nach der Kriegsschuld und der als „Schandfrieden" empfundene Vertrag von Saint Germain taten ein Übriges. Das Totengedenken wurde als Vermächtnis für die Zukunft, mithin zumeist also revisionistisch, verstanden, nicht als Besinnung. Auch daran beteiligten sich manche evangelische Theologen. Eine solche „Vergangenheitsbewältigung" konnte nur Radikalisierung bedeuten.

Herausforderungen

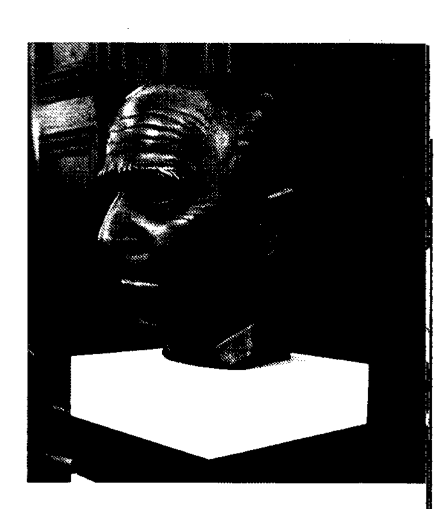
Verstärkt wurde diese innere Entwicklung durch die äußere. Die zweite Hälfte der 1920er Jahre war innenpolitisch durch eine zunehmende Radikalisierung und Kampfbereitschaft zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen gekennzeichnet; beide Parteien organisierten paramilitärische Kampforganisationen, die Sozialdemokratie den Republikanischen Schutzbund und die Christlichsozialen die Heimwehr. Diese Organisationen gehen u.a. auf die paramilitärischen Verbände (Heimwehren) zurück, die sich im Zuge der Grenzkonflikte gebildet hatten. Im Jänner 1927 kam es im burgenländischen Schattendorf zu schweren Kämpfen zwischen einer rechtsgerichteten Frontkämpfervereinigung und Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes; mehrere Opfer auf Seiten der Sozialdemokratie waren zu beklagen. Im daran anschließenden Prozess wurden die Angeklagten für „nicht schuldig" befunden. Streiks waren die Folge. Einen Tag nach der Urteilsverkündigung, am 15. Juli 1927, brannte in Wien der Justizpalast; schwere Straßenkämpfe mit zahlreichen Toten und restriktive polizeiliche Maßnahmen mit Bewilligung durch Bundeskanzler Seipel waren die Folge. Die Bedeutung der paramilitärischen Verbände stieg damit weiter an, der Weg zu einer autoritären Staatsform zeichnete sich ab.

Kulturelles Leben

Trotz aller Schwierigkeiten blühte in Österreich dennoch das kulturelle Leben. An der Wiener Staatsoper wirkten weltberühmte Dirigenten wie Richard Strauß und Clemens Krauss und Sänger wie Leo Slezak, Selma Kurz und Maria Jeritza. Max Reinhardt gründete das Reinhardt-Seminar und war Mitbegründer der Salzburger Festspiele. Auch die Operette erlebte eine neue Blüte: Franz Lehár, Emmerich Kálmán, Leo Fall oder Oskar Strauß feierten weltweite Erfolge. Zur Weltliteratur gehörten Schriftsteller wie Hofmannsthal, Rilke, Kraus, Schnitzler oder Stefan Zweig, Trakl (er war evangelisch) oder Kafka. In der Malerei tat sich Kokoschka mit seinem weltberühmten Stil hervor. Ebenso bedeutsam war das wissenschaftliche Leben. Drei österreichische Naturwissenschaftler und vier Mediziner der Zwischenkriegszeit erhielten den Nobelpreis. Sigmund Freud begründete mit seiner Traumdeutung eine neue psychoanalytische Schule.

Radikalisierung

Eine bestimmende Rolle spielte nach wie vor der politische Katholizismus vornehmlich bei den Christlichsozialen; Ignaz Seipel war als Prälat selbst leuchtendes Beispiel dieser Geisteshaltung. Die Sozialdemokraten fanden im „Roten Wien" eine ideale Betätigungsstätte. Ihre Anhän-



Hans Kelsen: Der Evangelische Hans Kelsen war der Vater der modernen österreichischen Verfassung; hier seine Büste im Österreichischen Verfassungsgerichtshof in Wien
Foto: wikipedia



Hesshaimer Marken Kriegsfürsorge:
Ludwig Hesshaimer, ein lutherischer Siebenbürger Sachse, war als Offizier im Kriegspressequartier tätig, gestaltete aber auch Werke, in denen er sehr klar das Tragische des Kriegs ansprach, u.a. eine Reihe von Marken, in denen er die Herausforderungen der Kriegsfürsorge ansprach; aus dieser Reihe stammt die abgebildeten Marke
Marke im Besitz des Verf.

gerschaft bestand hauptsächlich aus Industriearbeitern, Arbeitern öffentlicher Betriebe und linksliberaler Intellektueller. 1918 wurde in Österreich die erste Kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion gegründet. Sie sank jedoch sehr bald zur Bedeutungslosigkeit ab.
Aus den verschiedensten politischen Gruppen und Parteien wurde 1920 die Großdeutsche Volkspartei gegründet. Sie verlor jedoch auch kontinuierlich an Stimmen.
Die politische Lage spitzte sich rasant zu. Beide Parteien gründeten bewaffnete Wehrverbände, zunehmend stützte sich die christlichsoziale Regierung auf die Katholische Kirche.

Spannung zwischen Staat und Evangelischen

In dieser Konstellation war es der Evangelischen Kirche nicht möglich, sich im neuen Staat entsprechend einzurichten. Die Kirchenverfassung, die dringend einer Anpassung an die neuen Verhältnisse bedurft hätte, konnte nicht revidiert werden; traditionelle Arbeitszweige wie die Militärseelsorge im neuen Bundesheer nicht mehr etabliert werden.
So bestand, nach Jahrzehnten der positiven Entwicklung des Protestantismus, von Beginn an wieder ein ambivalentes Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche und dem neuen Staat Österreich, was die Orientierungslosigkeit zu einer Identitätskrise (Barton) steigerte. Diese Spannung, die im katholisch dominierten Ständestaat ab 1933 noch eine deutliche Verschärfung erfuhr, bewirkte bei vielen Evangelischen den Wunsch nach nochmaliger Neuordnung. Diese Bereitschaft führte zu jener blinden Offenheit gegenüber dem Nationalsozialismus, der eine solche Neuordnung versprach. Damit führte die Urkatastrophe des Ersten direkt in die Urkatastrophe des Zweiten Weltkrieges und der menschenverachtenden Politik des Nationalsozialismus.

Karl-Reinhart Trauner

aus: Toleranz. Evangelisches Museum OÖ Rutzenmoos Nr. 20/2018

1938 – Reichspogromnacht

Vor 80 Jahren

In der Nacht vom 9. auf den 10. September 1938 brannten in vielen Städten des damaligen Großdeutschen Reiches Synagogen und jüdische Einrichtungen. Jüdische Menschen wurden misshandelt und ihr Eigentum zerstört. Auch in Oberösterreich gab es Opfer der antisemitischen Gewalt, die Synagoge in der Bethlehemstraße in Linz wurde geschändet und niedergebrannt.

Die Repräsentanten der evangelischen Kirche in Oberösterreich schwiegen damals zu diesen Vorgängen. In den Jahren vor 1933 hatte es zwischen evangelischer Pfarrgemeinde und israelitischer Kultusgemeinde in Linz regelmäßige Kontakte gegeben, z.B. die Teilnahme des Presbyters Adolf Eichmann sen. an einer Ehrung des Präsidenten der Kultusgemeinde, Benedikt Schwager, im Jahr 1928 oder Kondolenzschreiben anlässlich des Ablebens des langjährigen Pfarrers August Koch 1926 und des Rabbiners Moriz Friedmann im selben Jahr. Doch die Machtübernahme Hitlers in Deutschland 1933 wirkte auch auf Österreichs Evangelische. Viele begrüßten die Entrechtung der Juden in Deutschland und erwarteten ähnliches auch für Österreich.
Als dann nach dem Anschluss im März 1938 antisemitische Maßnahmen auch in der „Ostmark" umgesetzt wurden, stimmten dem viele Evangelische zu. So heißt es in einem Schreiben des Unterländer-Seniorats an Reichsstatthalter Arthur Seyss-Inquart am 27. 12. 1938, dass die Mitglieder des Ausschusses die „Aktion der Ausscheidung des Judentums aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben unseres Volkes … aus rassischer Erkenntnis und persönlicher Erfahrung rückhaltlos bejahen."
Nach 1945 änderte sich an der Haltung vieler Evangelischer wenig. Offener Antisemitismus war verbreitet. Erst 1965 gab Bischof Dr. Gerhard May vor der Generalsynode eine Erklärung ab, in der er sich scharf gegen den Antisemitismus wandte und beklagte, dass die evangelische Kirche darin versagt habe, dem „durch dämonische Mächte der Finsternis" praktizierten Rassenhass unter Berufung auf das Liebesgebot zu widersprechen. Von einer Mitverantwortung der Christen an der Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen ist nicht die Rede.
1998, 60 Jahre nach der Pogromnacht, gab es eine neue Erklärung der Generalsynode: „Zeit zur Umkehr – Die Evangelischen Kirchen in Österreich und